

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 61 (1982)
Heft: 1

Artikel: Das Elend der Medien ist das Elend der Demokratie : die Lautsprecher der Herrschenden
Autor: Jäggi, Max
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-339829>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 30.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Das Elend der Medien ist das Elend der Demokratie

Die Lautsprecher der Herrschenden

Ein anonym Autor — im Sold der Bank Julius Bär — fand die Kurve als einer der ersten hierzulande. Aufgeschreckt durch Polit-Passivität und Demokratie-Desinteresse der Eidgenossen, fühlte sich der Mitarbeiter des Bank-Bär-Pressedienstes im Mai 1979 aufgerufen, Gründe fürs helvetische Staats-Malaise zu nennen. Dabei erwähnte er nicht etwa den Parlamentarier-Filz und den verfälschten Volkswillen, nicht den Machtmissbrauch oben und die Ohnmachtsgefühle unten, vielmehr den «missionarischen Eifer von Presse, Radio und Fernsehen», die mit ihrer «Informationslawine einen grossen Teil der Schuld an der Verunsicherung des Bürgers tragen.»(1)

Doktor Sigmund Widmer, bis Frühjahr 1982 Stadtpräsident von Zürich, entdeckte den selben Fluchweg — im Sommer 1980. Arg gebeutelt von den als Jugendunruhen bekanntgewordenen Sozialkonflikten in seiner Stadt, stahl sich der Politiker elegant aus der magistralen Verantwortung. Nicht konfuse Kommunalpolitik und wachsende Wohnungsnot, nicht Leistungsstress und unsäglicher Stadt-Frust sollten schuld an der Misere sein, vielmehr: «Einen beträchtlichen Anteil an den Ursachen der Jugendunruhen haben die Massenmedien.»(2)

Und ein Jahr später, im Sommer 1981, gingen die Schweizer Ärzte auf den gleichen Trip. Irritiert durch ein angeblich akutes Manko an Arztgehilfinnen-Nachwuchs, versuchte sich

auch die Verbindung der Schweizer Ärzte in Medienpolitik. Nicht die abschreckend hohen Ausbildungskosten und nicht die enttäuschend tiefe Entlohnung orteten die Mediziner als Ursprung des Mädchen-Mangels in den Praxen, vielmehr: «Dieser ist die Folge einer unausgewogenen TV/Kassensturz-Sendung vom Frühjahr 1978 über den Beruf der Arztgehilfin.»(3)

Presse, Funk und Fernsehen als Produzenten politischen Missmuts, als unruhestiftende Drahtzieher, als Schuldige an den Personalproblemen einer ganzen Branche: In mehr und mehr Köpfen vorwiegend etablierter Schweizer Bürger verdrängt sich das Bild von den mächtigen Medien und den bösen Buben, die darin beschäftigt sind. Ein Bild, das Politiker und Wirtschaftsführer als machtlose Marionetten zeichnet — und das Gros der zeitungslisenden, radiohörenden und fernsehenden Bevölkerung als manipulierte Masse. Die Medien als Machtträger? Die Medien als Miesmacher der Nation?

Suche nach Sündenböcken

Mindestens zwei Faktoren sorgen dafür, dass solcher Glaube sich festigen und mitunter fast religiöse Züge annehmen kann. Zum einen die übersteigerte Überzeugung, dass Medieninhalte unabhängig vom politischen und sozialen Umfeld Wirkung erzielen könnten — dass mithin Medienschaffende

eigenständige politische und soziale Akteure, gar Manipulateure seien. Zum andern die Neigung, objektive Problemursachen zu verdrängen und auf Ersatz-Urheber, etwa die Massenmedien, zu übertragen — mithin die Medienschaffenden als allseits verantwortliche Unruhestifter, in Wahrheit aber als Sündenböcke zu etikettieren.

Erstaunlich nur, dass die Konstruktion monströser Macht-Phantome und die Suche nach Sündenböcken noch in den achtziger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts das Medienverständnis führender Persönlichkeiten in einem Industriestaat prägen — wider besseres Wissen. Längst haben ja die politische Praxis und die Erkenntnisse der Kommunikationsforschung den Glauben an die beliebige Beeinflussbarkeit der Medienkonsumenten widerlegt. Konkret: Wer — wie der Bank-Bär-Publizist — den Massenmedien die Fähigkeit attestiert, eine politische «Verunsicherung des Bürgers» zustande zu bringen, muss für die wahren Wirkungszusammenhänge von Massenkommunikation blind sein. Wäre es tatsächlich so,



dass eine Handvoll zeitkritischer Zeitungsartikel, Radio- und Fernsehsendungen solche Verunsicherung schaffte, müsste es wohl erst recht möglich sein, dass die in den Medien regelmässig erscheinende Unzahl von Wahl- und Abstimmungsaufrufen eine respektable Beteiligung von Schweizerinnen und Schweizern an den Urnen- gängen bewirkt — in Wirklichkeit sinkt die Wahl- und Stimmbeteiligung in der Schweiz stetig.

Ausschlaggebend für das politische Verhalten der Bevölkerung können also unmöglich einfach die in den Medien vermittelten Inhalte sein. Entscheidend sind vielmehr sämtliche ökonomischen und sozialen, politischen und kulturellen Bedingungen einer Gesellschaft. Die Medien funktionieren in diesem Ganzen lediglich als Resonanzboden der Gesellschaft. Die Wirkungen von Kommunikationen, erkannten verschiedene Medien- Soziologen, sind stets engstens

verbunden mit den Wertvorstellungen der Gesellschaft, in der sich die Kommunikationsprozesse abspielen: «Wirkungen können nur im Rahmen des komplexen, aus Ideen und Erfahrungen bestehenden Gesamtsystems verstanden und erklärt werden.»(4)

Das heisst: — Wenn die politischen Erfahrungen im bestehenden Gesamtsystem Schweiz bei vielen Menschen von Frustration, Ohnmacht und Misstrauen begleitet sind, bewirken diese Erfahrungen — und nicht die Medien — politische Verunsicherung und, als Folge davon, Wahl- und Stimmbastinenz. Die Medien ihrerseits können Wirkung nur in diesem Rahmen erzielen. Und sie «sind tendenziell eher in der Lage, eine Verstärkerwirkung als einen Wandel hervorzurufen».(5)

Sie verstärken also bei den medienkonsumierenden Menschen eher bestehende Meinungen und Vorurteile, als dass sie Meinungen wandeln und Vorurteile abbauen.

Boten köpfen

Und wieder konkret: Wer — wie Widmer oder der Ärzte-Clan — die Schuld an einem Sozialkonflikt oder einem Branchen-Problem den darüber berichtenden Medien gibt, handelt wie ein Despot im Altertum, der den Boten köpfen lässt, der die schlechte Nachricht von einem verlorenen Krieg überbracht hat. Er verdrängt die Ursachen der Negativ-Nachricht und unter-schiebt — Bote damals, Massenmedien heute — «eine Person oder eine Gruppe anstelle anderer Objekte, die als Ziel von Furcht, Hass oder Liebe weniger leicht verfügbar sind».(6) Oder anders gesagt: Er will «die Massenmedien apodiktisch für alle gesellschaftlichen Übel verantwortlich machen» — obwohl «Vorwürfe dieser Art oft nur von völlig an-

Eine Horrorgeschichte

Jede Gesellschaft hat die Medien, die sie verdient, steht am Anfang eines Buches, das Aufsehen erregen würde, hätte die Schweiz eine andere Medienlandschaft. Nur — dann wäre dieses Buch gar nie nötig geworden.

«Eine deformierte Gesellschaft», so der Titel, ist eine Horrorgeschichte der Demokratie. Was Herausgeber und Autoren hier vorlegen macht allein schon von der Qualität der Beiträge her deutlich, was Journalismus in diesem Lande vermöchte, wäre da nicht die Gewalttätigkeit und politische Rohheit eines wirtschaftlichen Systems, getarnt durch pseudo demokratische Umgangsformen, das, besorgt um Marktanteile und Profite, den Journalisten vorsätzlich zu prostituieren versucht und auch zu prostituieren vermag und den Leser allemal zu einem beliebig manipulierbaren Dummkopf macht. Allerdings mit raffinierten Mitteln.

In der Reihe Mediaprint der Schweizerischen Journalisten-Union haben Politologen, Medienwissenschaftler, Publizisten und vor allem eine Reihe engagierter Journalisten den Schweizer und seine Medienlandschaft vorgestellt, Beschreibungen, Analysen zeigen den ungeschminkten Zustand der Schweizer Medienlandschaft, die solide Herrschaft der Verleger, sowie die botmässige Haltung der meisten Behörden und Politiker. Die Autoren kommen zum Schluss, dass das Elend der Medien ein Elend der Schweizer Demokratie ist. Das hier wiedergegebene Kapitel «Die Lautsprecher der Herrschenden» mag als Einführung in die Problematik den politisch engagierten Leser zur Lektüre des Buches anregen. In einer der nächsten Nummern werden wir das Thema der Arbeiterpresse aufnehmen, das in diesem Buch auch seinen Platz gefunden hat.

«Eine deformierte Gesellschaft» ist bei der Lenos-Presse in Basel erschienen. Herausgeber sind Michael Haller, Max Jäggi und Roger Müller. Unter den Autoren befinden sich Namen wie Jürg Frischknecht, Daniel Wiener, Hansjürg Fehr, Karl Biffiger, Edwin Knuchel, Arnold Künzli und andere.

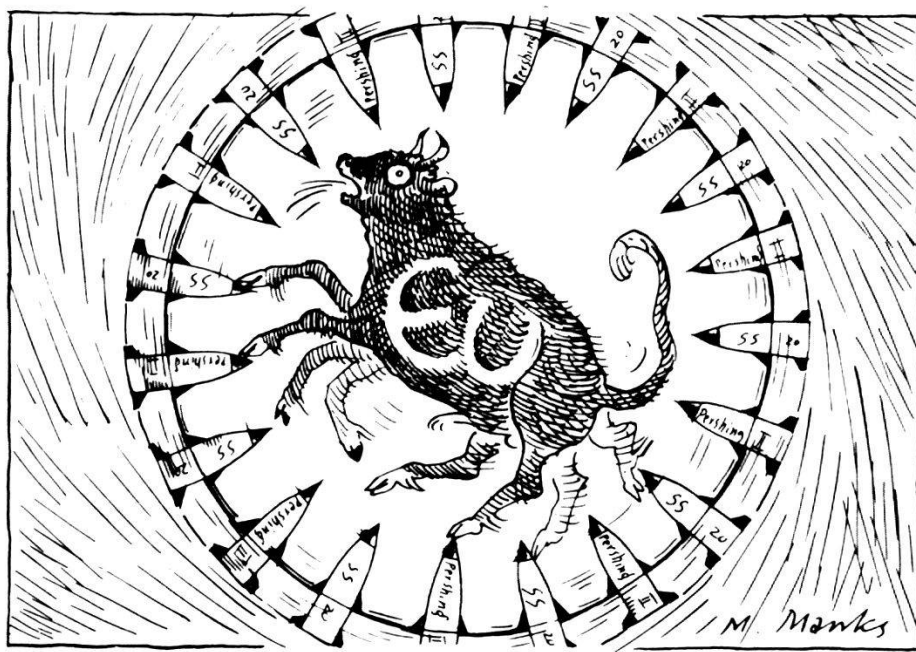
Toya Maissen

deren Ursachen beziehungsweise Ursachenkomplexen ablenken».(7)

Diese Ablenkung von eigentlichen Problem-Ursachen ist in der Schweiz mittlerweile zum Politiker-Hobby geworden. Und die Medien sind allemal gut als Schuldablageplatz. Das Verhängnis: Mehr und mehr Medienschaffende haben sich bereits derart an die Sündenbockrolle gewöhnt, dass sie auch schon an die ihnen unterstellte Wirkungs-Macht zu glauben beginnen. Und solcherart verinnerlichte Fehleinschätzung journalistischer Wirkung begünstigt zweierlei. Erstens eine noch offensivere Ursachen-Verschleierung von seiten eines Teils des Politiker-Establishments. Zweitens zusätzliche Zensur- und Kontrollmechanismen von seiten der Verleger und der Radio- und Fernsehgewaltigen — nach dem Motto: So viel Medien-Macht braucht doch wohl eine durchgreifende Kontrolle.

Der Ruf nach Kontrolle aber ist in der Schweiz höchstens dem kleinen Kreis schlecht bis gar nicht angepasster Individuen suspekt. Die Mehrheit der Bevölkerung findet das umfassende gesellschaftliche Kontrollsystem behaglich; es bietet Schutz und vermeintliche Sicherheit — und gilt den meisten ohnehin als zwangsläufige Begleiterscheinung einer fortgeschrittenen Industriegesellschaft. Und so wie die allgegenwärtigen «sozialen Kontrollen das überwältigende Bedürfnis nach Produktion und Konsumation von unnützen Dingen» erzwingen, so erzwingen sie auch «das Bedürfnis, solche trügerischen Freiheiten zu erhalten wie eine freie Presse, die sich selbst zensiert».(8)

So gesehen, hat jede Gesellschaft die Medien, die sie verdient. Für die gegenwärtige Gesellschaft heisst das: Medien, die im allgemeinen lautstark als



Europa, gezeichnet von Marie Marcks im «Vorwärts»

Sprachrohre der Herrschenden und der herrschenden Vorurteile fungieren; Medien, die nur ausnahmsweise kritische Inhalte verbreiten und in solch seltenen Fällen sofort als destruktiv und subversiv diffamiert werden.

Und: So gesehen, sind die Medien — und der Umgang, den Mächtige mit ihnen pflegen — immer ein Spiegel des soziopolitischen Zustands einer Gesellschaft. Für die heutigen Medien in der Schweiz heisst das: der Spiegel einer weitgehend entpolitisierten, gleichgültigen und mit latent reaktionären Vorurteilen behafteten Wohlstandsgesellschaft, die ihre Medien vornehmlich zur Entschädigung für den Alltags-Frust nutzen will.

Die Gesellschaft der Eidgenossen liess sich nicht immer so charakterisieren — und damit auch nicht die Funktion ihrer Medien. Solange die Auseinandersetzung zwischen wirklich widerstreitenden Ideologien zur politischen Kultur der Schweiz gehörte — wohl bis zur Zeit des Zweiten Weltkriegs —, ging es in den Medien folgerichtig um politischen Journalismus im Sinn des parteipolitisch fixierten Wächters der Demokratie.

Theodor Gut sen., der Verleger der *Zürichsee-Zeitung*, hatte darum nicht so unrecht, als er die Schweizer Presse pathetisch einen «Bannwald der Demokratie» nannte. Und der Philosoph Karl Jaspers ist zu begreifen, wenn er 1931 schrieb, die Zeitung sei «das geistige Dasein unseres Zeitalters als das Bewusstsein, wie es in den Massen sich verwirklicht».(9)

Der Beitrag der Linken

Gewiss war die Formel vom Wächter der Demokratie, bezogen auf die Medien, euphemistisch — und auch eine Alibi-formel. Denn zur Aufgabe der Publizistik gehörte auch damals die Durchsetzung partikularer Partei-Interessen. Nur: Die derart gestaltete Massenkommunikation war durch den an Partizipation gebundenen Demokratie-Begriff normativ gerechtfertigt. Der Grossteil der Bevölkerung erwartete denn auch von den Medien die Darstellung und Vermittlung verschiedener politischer Positionen; die Medien galten als Forum der öffentlichen Meinungsbildung und so als Service-Leistung an der Demokratie, deren Funktionsfähigkeit kaum jemand ernstlich

anzweifelte.

Dass gerade die politische Linke einen entscheidenden Beitrag zur demokratischen Auseinandersetzung in einem bürgerlichen Staat zu leisten hat, leuchtet ein. Die Schweizer Sozialdemokratie — als quantitativ entscheidende linke Kraft — leistete langezeit diesen Beitrag. Und sie zwang so die bürgerliche Mehrheit immerhin dazu, mit halbwegs offenem Visier zu fechten. Die Verschleierung politischer Zusammenhänge war zwar üblich, aber zumindest erschwert. Es ist selbstverständlich, dass solcher Schlagabtausch den Stil der Auseinandersetzung auch in den Medien prägte, in den linken wie in den bürgerlichen.

Doch mit der Integration der Sozialdemokratischen Partei (SP) in die bürgerliche Politik — namentlich 1943 mit der Wahl des Sozialdemokraten Ernst Nobs in die Landesregierung — vergass die etablierte Linke den grundsätzlichen Willen zum Widerspruch; die frühere Konflikt-Lust wandelte sich zum heutigen Konkordanz-Frust. Die sozialdemokratische Presse feierte damals die Nobs-Wahl als «wirklich geschichtemachenden, historischen Tag unserer Eidgenossenschaft», denn «heute zieht nun ein Sozialist in den Bundesrat ein mit grundsätzlich anderen Konzeptionen von Staat und Wirtschaft und ihrer gegenseitigen Abgrenzung».(10) Inzwischen ist klar geworden, dass «mit der Integration der SP in die Kollegialbehörde diese nun auch die Mitverantwortung für eine bürgerlich geprägte Politik übernehmen musste».(11)

Die Linke war im bürgerlichen Staat salonfähig geworden. Zum Salon aber hat nur Zutritt, wer sich den dort gepflegten Stil aneignet. Und der verbietet laute Worte und grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten. Nichts als konsequent also,

dass mit dem Einbezug der Sozialdemokratie in die Regierungsverantwortung das parteipolitische Arrangement allmählich das sozialpolitische Engagement verdrängte. Und ebenso konsequent, dass sich die in die Zentralen zurückbefohlene Politik mehr und mehr dem Bürger und seiner Referendumsdemokratie entfremdete.

Dazu kam noch etwas anderes. Punkto Produktivsektoren entwickelte sich die Schweiz nach dem Zweiten Weltkrieg zu einer Dienstleistungs-Gesellschaft par excellence. Nicht nur verringerte sich der Anteil der im Primärsektor Landwirtschaft tätigen Schweizer zur gesamtwirtschaftlich bedeutungslosen Grösse. Auch der Sekundärsektor Industrie und Handwerk erfuhr eine grundlegende Wandlung. In Fabrikhallen und auf Bauplätzen arbeiteten in untergeordneten Funktionen mehr und mehr Ausländer mit beschränkten Rechten punkto Wohnortwahl und Arbeitsplatzwechsel. Und «dieser Prozess der Unterschichtung hob die Schweizer Arbeitnehmer in Vorgesetztenfunktionen, ermöglichte den Wechsel in Berufe, die einen sozialen Aufstieg bedeuteten oder führte zur Abwanderung in den tertiären Sektor».(12)

So konnte sich der Dienstleistungsbereich je länger je stärker zur ausgesprochenen Spezialität schweizerischen Wirtschaftens entwickeln: Bereits sind in der Schweiz 53 von hundert Arbeitnehmern im Finanz- und Verkaufs-Business, in Verwaltung und Versicherung tätig.(13)

Nation von Aufsteigern

Aus den Schweizern wurde so etwas wie eine Nation der Aufsteiger — in einem Paradies von Wohlstand und Stabilität. Die Abwanderung einheimischer Arbeitskräfte in den Dienstlei-

stungssektor wurde für den abwandernden Lohnabhängigen zur vermeintlichen «Freiheit, ein Reicher zu werden»(14) — und für die Industrieunternehmen zur Chance, das Mitarbeiter-Manko zu kompensieren mit einem Reserve-Heer von Fremdarbeitern, die politisch ohne Rechte blieben, sich als Sündenböcke für latente Unzufriedenheit unter den Schweizern eigneten und bei Nichtbedarf nach Hause geschickt werden konnten. Und was politisch relevant ist: Die im Tertiärsektor Beschäftigten schufen sich — im Gegensatz zu den Industriearbeitern vor ihnen — keine ideologisch eigenständige Repräsentanz auf politischer Ebene. Obschon weiterhin Arbeitnehmer, verdrängten die Schweizer als Angehörige des Dienstleistungssektors ihr Arbeitnehmerbewusstsein — der Grossteil von ihnen sieht sich in Vorgesetztenrollen gegenüber Fremdarbeitern und orientiert sich an den Wertvorstellungen der Besitzenden, mithin des etablierten Bürgertums. Ein Prozess, der zur weitem Entpolitisierung der Bevölkerung und zur Festigung konservativen Gedankenguts beigetragen hat. Den Massenmedien blieben je länger je mehr zwei Möglichkeiten, auf diese neue Situation zu reagieren. Sie konnten sich entweder mit der bürgerlichen «Gesellschaft ohne Opposition» vorbehaltlos identifizieren und damit fortfahren, «partikuläre Interessen als die aller einsichtigen Leute zu verkaufen»(15) — wie etwa die *Neue Zürcher Zeitung*. Oder sie konnten auf die generelle Entpolitisierung mit Zynismus reagieren und die Verschleierungsstrategie mit grossaufgemachten Stories über Nebensächlichkeiten des menschlichen Zusammenlebens unterstützen — wie etwa *Blick*.

Die dritte Möglichkeit — durch kritischen Journalismus die

Entfremdung sichtbar machen — konnte nicht reüssieren. Zum einen, weil die Verfügungsgewalt über die Medien bei den Repräsentanten der herrschenden Gesellschaft und Ideologie liegt — Privat-Unternehmer und Inserenten bei den Printmedien, Proporz-Verwalter bei Radio und Fernsehen. Zum andern, weil die Journalisten den Entpolitisierungsprozess mitvollzogen, ihn oft erst gar nicht erkannten.

Oppositionslose Schweiz

So spiegeln denn Schweizer Medien — ob elektronisch oder gedruckt — eine schweizerische Gesellschaft, der jeder Widerspruch verdächtig, jede Selbstkritik verräterisch erscheint. Je nach intellektuellem Selbstverständnis und ideologischem Standort rechtfertigen die Medienverantwortlichen ihren unkritischen Umgang mit helvetischer Politik mit verschiedenen Phrasen. Im Gehalt aber gleichen sich die Argumente aufs Haar — ob sie nun den journalistischen Comment eines sogenannten Weltblatts, einer Boulevardzeitung oder der Monopolmedien Radio und Fernsehen verteidigen.

So ist es für Fred Luchsinger, den Chefredaktor der *Neuen Zürcher Zeitung*, völlig selbstverständlich, dass sich die NZZ vom liberalen Kampfblatt des 19. Jahrhunderts zum Hoforgan der oppositionslosen Schweizer Gesellschaft des ausgehenden 20. Jahrhunderts zurückentwickelte. Voller Stolz lobt Luchsinger den heute mit der Staats- und Wirtschaftsmacht verwachsenen NZZ-Journalismus: «Dieser Journalismus hat sich beispielsweise nicht, wie das eine amerikanische Tradition will und neuerdings auch einige ihrer schweizerischen Imitatoren wollen, zum grundsätzlichen Gegenspieler des Staates beziehungsweise der

Regierung beziehungsweise der Politik schlechthin gemacht, dessen einzige Rolle die des scharfen Wachhundes zu sein hätte.»(16)

Statt für Vermittlung unterschiedlicher Positionen gegenüber Staat und Gesellschaft, plädiert Luchsinger für «eine Identifikation mit den Grundwerten wie mit den Lebensinteressen des schweizerischen Staates, der — wie reformierbar er immer ist — einen hervorragend angepassten und sicheren Rahmen für menschenwürdige Existenz nach wie vor bietet».(17) Denn «aus einer zu erkämpfenden liberalen Ordnung» im 19. Jahrhundert ist nach Luchsingers Lesart inzwischen «eine zu verteidigende geworden»(18). Und die, so scheint es, braucht nach offiziellem NZZ-Selbstverständnis kritisches Hinterfragen und grundsätzliches Infragestellen nicht mehr: «Die Forderung, um der Revolution willen revolutionär zu bleiben, auch wenn man seine Ziele erreicht hat, ist eher kindisch und jedenfalls wirklichkeitsfremd.»(19)

Weltblatt-Chef Luchsinger beruft sich also auf die helvetische Historie, um die Anpassung seiner NZZ an die Ordnung der Herrschenden zu rechtfertigen. Als Legitimation für die — in Sprache und Stil anders geartete — Anpassung der Boulevardzeitung *Blick* beruft sich deren Chef Peter Uebersax auf seine Kenntnis fremder Länder, die den Staat Schweiz vor Uebersaxens Auge offenbar als unkritisierbares Paradies erscheinen lässt: «Ich habe sehr viele Jahre im Ausland verbracht und bin der Meinung, dass dieses Land in einem glänzenden Zustand ist, dass dieses Land funktioniert, dass in diesem Land gut zu leben ist und nur sehr wenige leiden. Dass sich dieses Land doch sehr nahe an dem Optimum bewegt, soweit es in der spätkapitalistischen Periode

überhaupt möglich ist.»(20)

Dass auch ein solches Weltbild kaum geeignet ist, einen Beitrag zu demokratischer Auseinandersetzung zu leisten, liegt auf der Hand. Widerspruch ist im *Blick* höchstens als Nervenkitzel im individuellen Bereich erwünscht — etwa in der Sparte *sex and crime* — wo *Blick*-Journalisten «um jeden Leser täglich kämpfen»(21) sollen. Sobald Widerspruch aber grundsätzlicher zu werden droht, beruft sich der Chef auf seine Ideologie: «Ich glaube an dieses Land und dass es weitgehend in Ordnung ist.» Und: «Es ist einfach phantastisch, wie gut es hier läuft, alles.»

Demokratietötende Bestätigung

Nochmals anders sagt SRG-Generaldirektor Leo Schürmann dasselbe. Die Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft ist für ihn «in gewissem Sinn eine nationale Einrichtung wie die Swissair». Und «da hängt ein Stück Schweiz dran: Unsere nationalen Gemeinsamkeiten müssen von der SRG reflektiert und zur Darstellung gebracht werden». Denn «dieses Land hat eine politische Konzeption, die als Einheit die kulturelle und sprachliche Vielfalt durchdringt».(23) Mit andern Worten: Nicht Auseinandersetzung und Widerspruch wünscht sich der SRG-General in den Radio- und Fernsehprogrammen — sondern demokratietötende Bestätigung des Bestehenden. Und wenn er von «publikumsfreundlicheren»(24) Programmen spricht, meint er Programme, die nirgendwo anecken.

Auf die Journalistenfrage, ob er sich ein Fernsehprogramm wünsche, das so langweilig ist, dass sich nicht mal die Konservativsten im Lande provoziert fühlen, antwortete Leo Schürmann zwar mit einem knappen Nein. Aber alsogleich fügte er

hinzu: «Die SRG ist ein öffentlicher Dienst, dem es nicht zukommt, Entwicklungen zu beschleunigen oder Veränderungen zu bewirken. Die Sendungen sollen reflektieren und analysieren, sicherlich. Aber sie müssen auch Mehrheitsauffassungen zum Ausdruck bringen.» (25) Um den Mehrheiten, weiss Schürmann, lassen sich an Radio und Fernsehen am einfachsten «die fundamentalen Übereinstimmungen in diesem Land» (26) vorführen: «Wir sind ja schliesslich eine Konkordanzdemokratie.» (27)

Demokratie und Konkordanz

Die Konkordanzdemokratie scheint eine unheimliche Faszination auszuüben auf die, die das Sagen haben — auch in den Medien. Allerdings: *Demokratie* im Sinn umfassender Teilnahme aller Bevölkerungsgruppen kann es kaum sein, denn längst partizipiert nur mehr eine Minderheit des Schweizervolks am politischen Prozess. Also bleibt die *Konkordanz*: dieser unübersehbare Wust politischer Entscheidungsfindungen, diese gesamtschweizerische Glättung jeglicher ideologischer Unterschiede, diese bürokratische Vernebelung materieller Interessen, dieser unablässig gestärkte Glaube, dass alle im gleichen Boot sassen.

Die Konkordanzdemokratie *made in Switzerland* versteht sich als eine Art Markenartikel: als Schweizer Erzeugnis — ähnlich einer Bührle-Kanone —, dessen Qualität unbestritten, dessen Sinn freilich den wenigsten richtig einsichtig ist. In den Sitzungszimmern der zur Schweizer Monster-Koalition zugelassenen Verbandsfunktionäre bedeuten Konkordanzdemokratie in aller Regel: Suche nach dem sprichwörtlichen guteidgenössischen Kompromiss und anschliessend Absegnung durch das entsprechend

eingefuchste Parlament, allenfalls durch eine Minderheit von Stimmberechtigten an der Urne. In Proletarierkneipen oder an Intellektuellen-Treffs bewirkt Konkordanzdemokratie dagegen: Biertischpolitik oder Insider-Diskussion, aber auch die Faust im Sack und das ohnmächtige Gefühl, dass *die da oben* ohnehin machen, was sie wollen.

Die Nein-Sager

Resignation ist mithin die charakteristische Haltung eines grösseren Teils der Schweizerinnen und Schweizer. Politische Resignation während der — punkto materiellen Wohlstand — betäubenden Jahre der Hochkonjunktur, wenn man absieht von der achtundsechziger Revolte einer intellektuell dominierten Minderheit. Politische Resignation erst recht angesichts der tatsächlichen Verschlechterung der materiellen Lage seit der wirtschaftlichen Rezession Mitte der siebziger Jahre. Resignation aber auch, die getragen ist vom schlechten Gewissen, als Staatsbürger einer Referendums-Demokratie trotz allem mitverantwortlich zu sein für das, was auf politischer Ebene geschieht — oder besser: nicht geschieht.

Und *nicht* geschehen ist einiges, insbesondere seit das Gespenst der Rezession umgeht und das Gros bereits verunsicherter Bürger noch weiter verunsichert wird oder aber — typischer Ausdruck von Resignation — in konservative bis reaktionäre Weltschau flüchtet. Obschon jeweils ein Ja an der Urne genügt hätte, sagten die Schweizer Stimmberechtigten in Volksabstimmungen

● Nein zu einem verfassungsmässig verankerten Recht auf Wohnung (1970);

● Nein zu einem verbrieften Recht auf Bildung (1973);

● Nein zur Mitbestimmung der Arbeitnehmer (1976);

● Nein zur Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 40 Stunden (1976);

● Nein zur sogenannten Reichtumssteuer (1977);

● Nein zur liberalen Fristenlösung beim Schwangerschaftsabbruch (1977);

Nicht bloss als Gesellschaft ohne Opposition präsentiert sich also die politische und soziale Schweiz — mehr und mehr wird sie auch zur Gesellschaft ohne Innovation. Praktisch jeder Versuch sozialer Erneuerung ist zum vornherein zum Scheitern verurteilt. Allemal folgt die Mehrheit der (überhaupt politisch partizipierenden) Minderheit jener radikalen Minderheit von Polit-Machern, die angeblich stets das Gesamtinteresse im Auge hat: das Gesamtinteresse ihrer gesamten eigenen Interessen. Und harzt es dennoch mal mit der Durchsetzung einer Vorlage, die allzu offenkundig partikularen Interessen dient,

Atom-Denkwort

Wir glauben, dass Jesus, der Christus, Gottes Ja zum Menschen ist und bleibt (2. Korinther 1,20). Er selbst lehrt uns, dieses göttliche Ja auch in der Natur und in den Tieren zu vernehmen (Matthäus 6, 26–34).

Wir erkennen es als Schuld der Christen und ihrer Kirchen, dass wir die Weltbejahung Gottes, wie sie das Zusammenspiel aller lebendigen und natürlichen Kräfte mitbezeugt, verleugnet haben. Durch eine nur noch Zweckrationale, profitorientierte Nutzung der Natur zerstören wir subtile Lebenszusammenhänge und verschreiben uns einem Machtdenken, das Jesus als Gewalt der Versklavung entlarvt (Matthäus 20, 25–28 und 18, 25–28).

Kirchliche Arbeitsgruppe für Atomfragen (KAGAF)

halten ihre Verfechter eine Phrase bereit, die wohl einzig in der Schweiz verfängt: Sie rühmen sich *Mut zum unpopulären Entscheid* zu beweisen. Mut zum *populären* Entscheid scheinen Politiker in der Demokratie Schweiz kaum je nötig zu haben.

In der Sprache wertneutraler Beobachter heisst das Resultat solchen Politisierens *Stabilität*. Nicht umsonst gilt die Schweiz im internationalen Vergleich als einer der stabilsten Staaten überhaupt. Stabil ist das Bankgeheimnis, stabil ist die parteipolitische Zusammensetzung der Landesregierung. Das ausserordentlich grosse Brutto-sozialprodukt ist ebenso stabil wie die ausserordentlich kleine Arbeitslosenquote. Sogar der Arbeitsfriede zwischen Gewerkschaften und Unternehmern ist noch recht stabil — obwohl sich die Dividenden längst als stabiler erwiesen haben als die Löhne.

Das verborgene Unheil

Hinter der Fassade von Stabilität und Anpassung verbirgt sich allerdings auch in der Schweiz eine unheil werdende Welt. Der Verbrauch an Psychopharmaka steigt rapid an, die Zahl von Herzinfarkten und psychosomatischen Symptomen wächst, ebenso die Selbstmordrate. Dass derartige Entwicklungen im psychischen und physischen Gesundheitszustand vieler Menschen mit der herrschenden politischen Praxis genauso zusammenhängen wie etwa mit dem vielzitierten Leistungsstress, gilt kritischen Wissenschaftlern als erwiesen: «Die Häufung bestimmter psychisch bedingter Krisen und Symptome weist vielfach mittelbar auf sozioökonomische und selbst politische Einflüsse hin, die psychisch überlastend wirken, weil sie den Bedürfnissen der Menschen widersprechen.»(28)

Mit solchen Einflüssen sind Schweizerinnen und Schweizer zuhauf konfrontiert: an den Arbeitsplätzen genauso wie auf Wohnungssuche, bei der Gestaltung der Freizeit genauso wie bei der Überprüfung der Demokratie auf ihren demokratischen Gehalt. Wählen sie als Ausweg die Anpassung, riskieren sie Neurosen — diese «chiffrierten Signale der Unfähigkeit einer wachsenden Zahl von Individuen, mit den Zumutungen schädlicher sozialer Bedingungen fertig zu werden». (29) Verweigern sie die Anpassung, spüren sie bald den gesellschaftlichen und politischen Druck, der «die Unangepassten beziehungsweise Andersdenkenden mit Ohnmacht oder gesellschaftlicher Randständigkeit bedroht».(30)

Randständigkeit aber radikalisiert — auch in der Schweiz. Illustrativstes Beispiel der letzten Jahre ist die Zürcher Jugendbewegung. «Macht aus dem Staat Gurkensalat!» Die Parole, 1980 von rebellierenden Jugendlichen an Zürcher Hausmauern gesprayt, hat inzwischen internationale Berühmtheit erlangt — als Symbol der totalen Verweigerung gesellschaftlicher und kultureller Rituale, politischen und ökonomischen Benehmens.

Weder Politiker noch Wirtschaftskapitäne bekamen die zum Sozialkonflikt eskalierte Auseinandersetzung in den Griff und erklärten die aufmüpfigen Jugendlichen kurzerhand zu Staatsfeinden. Die Hatz war frei: Lehrmeister entliessen Lehrlinge, die im Verdacht standen, in der Jugendbewegung aktiv zu sein; Gerichte sprachen drakonische Gefängnisstrafen für Demonstranten wie Mitläufer aus; und selbstverständlich mussten jene Massenmedien dran glauben, die sich in Einzelfällen gemässigt verständnisvoll über die Jugendlichen und gemässigt kri-

tisch über Polizei und Politiker geäussert hatten. Schliesslich starteten Stadtrat und Stadtpolizei von Zürich eine Hetzkampagne gegen die Massenmedien schlechthin und machten sie generell für die sogenannten Jugendunruhen verantwortlich.

So durchsichtig solche Ursachen-Verschleierung auch sein mag, im wesentlichen erreichte sie ihren Zweck. Die wenigen unbotmässigen Journalisten waren schnell diszipliniert — oder wenn nötig kriminalisiert. Und die Jugendlichen liefern in breiten Bevölkerungskreisen nicht mehr Stoff für die dringend nötige politische Diskussion; sie wurden erfolgreich von Protagonisten des Protests in staatsgefährdende Angstmacher umfunktioniert.

Angstmacher aber sind wichtig in einer Gesellschaft, die Konflikte und offene Auseinandersetzung verteufelt, Misstrauen und Verdrängung fördert.

Angst bleibt fast die einzige mögliche Haltung in einer Gesellschaft, die im privaten Bereich Konkurrenz und Rivalität zur Norm gemacht hat und im politischen Bereich demokratisch dekorierte Ohnmacht beschert. Denn «die vermittelte Isolation im Egozentrismus und die fortgesetzte Frustrationen in Rivalitäten bewirken in der Regel ein Übermass an Angst und Wut, das den Nährboden für Ressentiment abgibt».(31)

Und Ressentiment ist allemal geeignet, latent reaktionäre Haltungen akut werden zu lassen. Dass etwa in Zürich das politische Klima zunehmend schwüler wurde, hat selbst Stadtpräsident Sigmund Widmer zur Kenntnis genommen: «Namentlich im Zürcher Raum hat sich ein eklatanter Rechtsrutsch vollzogen.» (32) Doch in seiner Gewohnheit, Problemursachen konsequent zu verdrängen, fielen dem Politiker auch im Sommer 1981 — ein Jahr nach dem Beginn der Zürcher

Jugendunruhen — nicht die sozialen und politischen Ursachen von Frust, Angst und Wut ein. Nach wie vor glaubte Widmer vielmehr, «dass die Krawalle und ihre Freunde reaktionäre Gefühle zu wecken vermochten, die in unserm Lande längst eingeschlafen schienen.» (33) Und als gelernter Historiker gab der Stadtpräsident auch gleich eine Kostprobe seines Geschichtsverständnisses — eines Geschichtsverständnisses, dessen Tragik darin besteht, dass es wohl die Mehrheit schweizerischer Staatsbürger nicht komisch findet: «Die positive Entwicklung der Schweiz ist durch die Chaoten und ihre Sympathisanten bei den Medien um Jahre zurückgeworfen worden.» (34) Medienschaffende also — wieder und wieder — als Revoluzzer wider den Staat: Um einen solchen Schluss zu ziehen, muss ein Politiker demagogisch geschult sein — oder genauso entpolitisiert wie die

entpolitisierten Medien in diesem entpolitisierten Land.

Anmerkungen

- 1) Wochenbericht der Bank Julius Bär, Zürich, 3.5.1979.
- 2) Medienkritische Sendung — Gespräch zwischen Politikern und Publizisten, Fernsehen DRS, 14.7.1980.
- 3) Schweizer Ärzte-Information, Presdienst, Zürich, 8.7.1981.
- 4) Alphons Silbermann und Udo Michael Krüger; Soziologie der Massenkommunikation, Stuttgart, 1973, S. 81.
- 5) Joseph T. Klapper: The Effects of Mass Communication, New York, 1960, S. 8.
- 6) Theodor W. Adorno: The Authoritarian Personality, New York, 1950.
- 7) Anm. 4, S. 70.
- 8) Herbert Marcuse: Der eindimensionale Mensch, Neuwied und Berlin, 1967, S. 27.
- 9) Karl Jaspers: Die geistige Situation der Zeit.
- 10) *Volksrecht*, Zürich, 16.12.1943.
- 11) Schweizerische Arbeiterbewegung, Zürich, 1975, S. 246.
- 12) Michael Haller in: Wohlstand und Ordnung? Basel 1978, S. 169.
- 13) Statistisches Jahrbuch der Schweiz,

Bern, 1981.

- 14) Peter Bichsel: Vorwort in: Niklaus Meienberg: Reportagen aus der Schweiz, Darmstadt und Neuwied, 1974, S. 10.
- 15) Anm. 8, S. 11.
- 16) Fred Luchsinger: Die Spuren von zwei Jahrhunderten, in: 200 Jahre Neue Zürcher Zeitung, Jubiläumsausgabe, Zürich, 12.1.1980.
- 17) Anm. 16.
- 18) Anm. 16.
- 19) Anm. 16.
- 20) Peter Uebersax in: *Klartext* 4/81, Basel 1981.
- 21) *Blick*-Stilbuch, zitiert in: *Klartext* 4/81, Basel 1981.
- 22) Anm. 20.
- 23) Leo Schürmann in: Gespräch in *Klartext*, in: *Klartext* 3/81, Basel 1981.
- 24) Anm. 23.
- 25) Anm. 23.
- 26) Anm. 23.
- 27) Anm. 23.
- 28) Horst E. Richter: Lernziel Solidarität, Reinbek bei Hamburg, 1974, S. 15.
- 29) Anm. 28, S. 15f.
- 30) Anm. 28, S. 10.
- 31) Anm. 28, S. 125.
- 32) Sigmund Widmer: «Aktionsjournalismus widerspricht unseren Traditionen», in: *Klartext* 5/81, Basel 1981.
- 33) Anm. 32.
- 34) Anm. 32.

Lew Kopelew

Worte sind wirksamer als Raketen

Lew Kopelew, Germanist und Schriftsteller aus der Sowjetunion, hat im vergangenen Spätherbst den Friedenspreis des deutschen Buchhandels erhalten. In seiner Dankesrede hat er auch über Krieg und Frieden gesprochen. Der hier veröffentlichte Teil seiner Rede befasst sich damit.

Lew Kopelew erhielt Ausreisegenehmigung für ein Jahr und wurde schon nach kurzer Zeit seines Aufenthaltes in der Bundesrepublik von der UdSSR ausgebürgert. Kopelew selber wollte wieder zurück.

Kopelew, 1912 in Kiew geboren, studierte Germanistik und war während des Krieges Major in der Roten Armee. 1945 kam er mit der Roten Armee nach Deutschland. Weil er sich gegen Grausamkeiten während der Besetzung wehrte, wurde er verhaftet, verurteilt und verbrachte 10 Jahre in Lagern und Gefängnissen.

Kopelew hat zwei bedeutende Bücher geschrieben. «Aufbewahren für alle Zeit» ist seine Biographie sowie «Tröste meine Trauer». Kopelew hat in der Moskauer Dissidentenszene eine wichtige Rolle gespielt, jene des Vermittlers zwischen den oft zerstrittenen Dissidenten.

Frieden oder Krieg. Verständigung oder Feindschaft. Dies oder jenes wählen mussten die Menschen, seitdem sie Menschen geworden. Doch Kriege und Kriegshelden wurden meistens wort- und farbenreicher geehrt als Friedenshüter und Friedensstifter. Die antiken Mäusen bewunderten den Zorn des Achilles, den schlaun Odysseus; in Ost und West erklangen die schönsten Lieder «von helden lobebaaren, von grôzer arbeit», von russischen Bogatyri und deutschen Recken, von Rittern und Chevaliers. Krieger hatten bei den Dichtern mehr Erfolg als die stille Iris, die Göt-